

Internationales Kolloquium

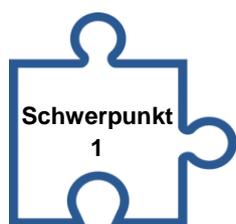
Außenpolitik im Verborgenen: Die Einbindung der „Zivilgesellschaft“ in der transnationalen Politik



Veranstaltung organisiert von **CHERPA, Sciences Po Aix-en-Provence** und der **Albert-Ludwigs-Universität Freiburg** mit Unterstützung der **Deutsch-Französischen Hochschule** und des **Centre d'Excellence Jean Monnet „L'Europe au sud“**, 21.-23. März 2018, Sciences Po Aix

„Zivilgesellschaft“ ist nach wie vor ein mit der klassischen Demokratietheorie eng verbundener Begriff. Gleichwohl wurde „Zivilgesellschaft“ in den letzten Jahrzehnten zunehmend eine Kategorie in den Überlegungen zu politischen Interventionen auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene. Auch wenn die realen Gegebenheiten höchst unterschiedlich sind, so ist ihnen doch gemeinsam, dass die Einbindung der „Zivilgesellschaft“ es den internationalen Geldgebern ermöglicht, materielle (finanzielle Förderung, etc.) und immaterielle Mittel (Anerkennung, Ausbildungen, etc.) gezielt an ausgewählte Akteure zu verteilen, welche als lokale Bindeglieder und Multiplikatoren fungieren. Auch wenn zivilgesellschaftliche Akteure weder dem Staat, noch dem Markt zugerechnet werden, erfüllen sie doch dank ihrer Ortskenntnis und lokalen Expertise eine Vermittlungsfunktion zwischen internationalen Institutionen und dem anvisierten Zielpublikum. In Programmen zur Förderung von „Good Governance“, von wirtschaftlicher Entwicklung und Stärkung der Menschenrechte sowie zur Bekämpfung von Korruption gibt es implizit und explizit zunehmend einen Bezug zur Bedeutung und Rolle der „Zivilgesellschaft“. Die verschiedenen Maßnahmen zielen sowohl darauf ab, ausgesuchte „lokale“ Verbände zu unterstützen, als auch darauf, mittels der erwähnten Vermittlungsfunktion zum möglichst reibungslosen Funktionieren transnationaler Politik beizutragen. Diese Politik zielt ausdrücklich auf „horizontale Vernetzung“, „Beteiligung“, „Abstimmung“ und „Dialog“ mit der „Zivilgesellschaft“. Sie erhebt abstrakt den Anspruch, mit der „Zivilgesellschaft“ auch den sozialen Pluralismus zu stärken -- was als Vorbedingung für Demokratie gesehen wird. Die Praxis verdeutlicht jedoch, dass sie sowohl im autoritären als auch im demokratischen Umfeld Anwendung finden kann, ohne die herrschende Ordnung zu stören. So zeigen zahlreiche Forschungsarbeiten, dass eine engere Kooperation zwischen gesellschaftlichen Organisationen/NGOs, internationalen Geldgebern und staatlichen Institutionen zu einer weiteren Legitimierung autoritärer Macht führen bzw. als politische Kontrollmechanismen vor Ort wirken können.

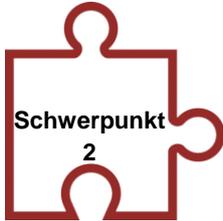
Wie können die Sozialwissenschaften die Widersprüche der Aktivierung und Einbindung der Zivilgesellschaft untersuchen und interpretieren? Wie können die verschiedenen Handlungslogiken der involvierten Akteure sowie der Zielgruppen der Programme zur Förderung der Zivilgesellschaft erfasst werden? Jenseits der in der politischen und rechtswissenschaftlichen Theorie gebräuchlichen Unterscheidung zwischen einem im Dienste des Allgemeinwohls stehenden öffentlichen Sektor einerseits und den spezifischen „privaten“ Interessen andererseits führt die internationale Einbindung der Zivilgesellschaft nicht nur zu einer Neuverteilung der Rollen zwischen „institutionellen“ und „nicht-institutionellen“ Akteuren, sondern kann auch eine „Überantwortung des Allgemeinwohls an Private“ bedeuten. Das Kolloquium zielt darauf ab, ein interdisziplinäres Diskussions- und Austauschforum unter Beteiligung der Soziologie, Anthropologie und der Politikwissenschaft zu bieten. Ziel ist es, die Formen der Einbindung nicht-institutioneller Akteure in transnationalen Interventionen zu hinterfragen und zu konzeptualisieren. Als Beiträge erwünscht sind sowohl empirische Studien als auch theoretische Auseinandersetzungen mit der genauen Rolle und Funktion von „Zivilgesellschaft“.



„Zivilgesellschaft“ als Bezugsgröße externer Intervention: eine neue Form internationaler Governance?

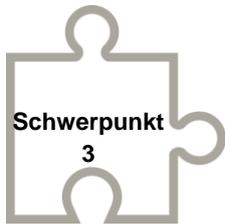
In diesem Schwerpunkt sind Beiträge erwünscht, welche die Entstehung und Umsetzung von Governance-Praktiken bezüglich der „Zivilgesellschaft“ hinterfragen. Als Kernbestandteil der von internationalen Institutionen formulierten Ideen zur Regierungsführung (governance) wurde rhetorisch, konzeptionell und materiell etliches investiert, um einen Adressaten und Partner der internationalen Politik zu schaffen. Die Stärkung der „Zivilgesellschaft“ dient mehreren Zielen: Unterstützung vor Ort zu bekommen, eine Aktivierung der Staatsbürger zu erreichen sowie eine Demokratisierung „von unten“ in Gang zu setzen. So hat die Europäische Kommission beispielsweise frühzeitig Überlegungen angestellt und Maßnahmen ergriffen, um die Partizipation privater Akteure zu fördern und zu begleiten. Seit den 1990er Jahren fand dies auch Eingang in die Außenpolitik der Kommission. Im 2001 veröffentlichten Weißbuch „*Europäisches Regieren*“ wird den „zivilgesellschaftlichen Organisationen“ eine Partnerrolle zugeschrieben. Die Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure ist dabei nicht auf die EU Mitgliedstaaten beschränkt. Sie ist ebenso Teil der Außenpolitik der EU, unter anderem im Barcelona Prozess, in der Entwicklungshilfe und in der Nachbarschaftspolitik. Die Einbindung der Zivilgesellschaft wird überdies durch bestimmte Programme („Fazilität für die Zivilgesellschaft“) und die Einrichtung von zivilgesellschaftlichen Foren (Anna Lindh Stiftung) umgesetzt. In den östlichen und mediterranen Partnerschaften wurden bei der EU-Nachbarschaftspolitik außerdem Haushaltsmittel für gesellschaftliche Organisationen und NGOs eingeräumt. Ferner wurde durch das „Civil Society Forum“ eine dauerhafte Organisation gegründet.

Diese Entwicklung ist vergleichbar mit den Governance-Grundsätzen, die von den Vereinten Nationen Anfang der 2000er Jahre vertreten wurden. Diese führten eine partizipative Komponente in alle Aktionsprogramme ein, so zum Beispiel im Rahmen des Programms Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration (UNDP). Diese partizipativen Politiken wurden für eine Vielzahl von Akteuren (internationale Beamte, Investoren, NGOs, Experten, Repräsentanten lokaler Vereine) zum operationellen Leitfaden für die Durchführung internationaler Projekte.



Die Konstituierung der Zivilgesellschaft: eine Soziologie der Akteure, ihrer mannigfachen (begrifflichen) Aneignung und Aktionsformen

Wer sind und was machen die Akteure des Dritten Sektors, die für sich beanspruchen, die „Zivilgesellschaft“ zu verkörpern? Was sagen uns unterschiedliche soziale, politische und berufliche Werdegänge? Wie eignen sich diese Akteure Ziele und Diskurse der internationalen Institutionen in Bezug auf die „Zivilgesellschaft“ an? Welche Handlungslogiken bevorzugen sie, um als Repräsentanten der „Zivilgesellschaft“ anerkannt zu werden? Inwiefern wirken sich diese Strategien auf ihre Aktivitäten oder ihre Beziehungen zu den staatlichen Institutionen aus? Seit geraumer Zeit lassen sich tiefgreifende Wandlungsprozesse im gemeinnützigen Sektor beobachten, insbesondere durch Professionalisierung und die Aneignung von Managementtechniken. Die Veränderung der Organisation bleibt nicht ohne Auswirkung auf das Handlungsrepertoire der Akteure und nährt den Wettkampf um die Anerkennung als wahre „Zivilgesellschaft“ von Seiten der internationalen Geldgeber. Hier zeichnen sich deutliche Konfliktlinien in der Welt der zivilgesellschaftlichen Verbände ab.



Zivilgesellschaft in der Außenpolitik: zwischen „Policies“ und „Politics“

Was bedeutet es, über die Zivilgesellschaft Außenpolitik zu betreiben? Inwiefern verändern sich dadurch die Beziehungen zu den Regierenden? Gesellschaftliche Organisationen und NGOs entwickeln widersprüchliche Strategien, um von nationalen und internationalen Institutionen anerkannt und finanziell unterstützt zu werden und gleichzeitig ihre moralische und operative Unabhängigkeit zu wahren. Die transnationale Politik beruht auf Transaktionen und Verhandlungen zwischen institutionellen und nicht-institutionellen Akteuren, entsprechend der anthropologischen Logik sozialer Austauschbeziehungen. Es ergibt sich eine soziale Ökonomie, die von Akteuren (Experten, Koordinatoren, Ausbildern, Vertretern, Wortführern) und symbolischen (Anerkennung) und materiellen Ressourcen (finanzielle Förderung) geschaffen wird. Der politische Tausch beruht auf einer wechselseitigen Legitimierung der öffentlichen Institutionen einerseits und der Repräsentanten der Zivilgesellschaft andererseits. Um die Programme zur Förderung der Zivilgesellschaft erfolgreich durchzusetzen, benötigt man Ansprechpartner, welche die Konzepte positiv aufnehmen und die Programme aktiv vor Ort umsetzen. Durch diese neue Form der transnationalen Politik werden die Grenzlinien zwischen „Policies“ und „Politics“ neu definiert. Entlang dieser Argumentationslinie sollen die Wahrnehmungen und Handlungslogiken der verschiedenen Akteure der Außenpolitik erneut hinterfragt werden.

Vorschläge für Beiträge (max. 400 Wörter) können bis 15. Dezember 2017 an folgende Adresse eingereicht werden:

societesciviles2018@sciencespo-aix.fr

Die Abstracts können auf Französisch, Deutsch oder Englisch verfasst werden.

Wissenschaftlicher Ausschuss

Philippe ALDRIN, Professeur de science politique, Sciences Po Aix - CHERPA

Amin ALLAL, Chargé de recherche CNRS - IRMC, Tunis

Estelle BROSSET, Professeur de droit, Aix-Marseille Université - CERIC, Responsable du Centre d'excellence Jean-Monnet « L'Europe au Sud »

Aron BUZOGANY, Universitätsassistent am InFER (Institut für Wald -, Umwelt -und Ressourcenpolitik), BOKU - Universität für Bodenkultur, Wien

Nathalie FERRÉ, Ater à Sciences Po Aix, Doctorante contractuelle en science politique, CHERPA et CRESC (École de la Gouvernance et de l'Économie de Rabat)

Nicolas HUBÉ, Maître de conférences en science politique - Université Paris 1 Panthéon-Sorbonne, CESSP

Beate KOHLER, Professorin Emeritus für Politische Wissenschaft, Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung

Marcus OBRECHT, Akademischer Rat am Lehrstuhl für Politische Theorie, Albert-Ludwigs Universität, Freiburg im Breisgau

Jay ROWELL, Directeur de recherche CNRS, Strasbourg, SAGE

Sarah SAJN, Doctorante contractuelle en science politique, Sciences Po Aix - CHERPA

Benjamin SCHÜTZE, Postdoctoral research fellow - Department for Developmental Theory and Development Policy, University of Freiburg Arnold-Bergstraesser-Institute (ABI)

Claire VISIER, Maître de conférences en science politique, Université de Rennes 1 - CRAPE

Kontakt:

Philippe ALDRIN, Professeur de science politique, Sciences Po Aix - CHERPA - philippe.aldrin@sciencespo-aix.fr

Nathalie FERRÉ, ATER à Sciences Po Aix, Doctorante contractuelle en science politique, CHERPA et CRESC (École de la Gouvernance et de l'Économie de Rabat) - nathalie.ferre@sciencespo-aix.fr